

Eil-Appell: Bringt die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen JETZT zur Abstimmung!



Gestartet von: Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Gerichtet an: Mitglieder des Rechtsausschusses sowie die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien des Deutschen Bundestages

Forderung

Neuigkeiten

Teilen

Kurz vor Ende der Legislatur steht ein langwährender gesellschaftlicher und politischer Prozess vor dem Abschluss und droht nun zu scheitern – das wollen und dürfen wir nicht zulassen!

Ein interfraktioneller Gesetzentwurf von inzwischen 328 Bundestagsabgeordneten liegt endlich auf dem Tisch.

Aber: Wahltaktische Manöver verschleppen den demokratischen Prozess im Rechtsausschuss und blockieren damit eine finale Abstimmung im Parlament!

Wir - Expert*innen, Verbände, Organisationen und Bürger*innen – fordern:

- ! **Die umgehende Beratung des Entwurfs im Rechtsausschuss**
- ! **Die Rücküberweisung ins Plenum und Abstimmung noch in dieser Legislaturperiode!**

Die Fakten sind klar:

- o Der Entwurf legalisiert frühe Schwangerschaftsabbrüche und holt sie endlich raus aus dem Strafgesetzbuch.
- o Schwangere werden vor einem Abbruch ohne oder gegen ihren Willen geschützt und bleiben bei einem selbstbestimmten Abbruch künftig straffrei.
- o Schwangerschaftsabbrüche könnten endlich von den Krankenkassen übernommen werden.
- o Die überholte dreitägige Wartefrist entfällt, die Beratungspflicht bleibt bestehen.
- o Die Regelung wird aus dem Strafgesetzbuch entfernt und im Schwangerschaftskonfliktgesetz verankert – dort, wo sie hingehört!

Wir fordern Sie – die Vorsitzenden aller demokratischen Fraktionen sowie die Mitglieder des Rechtsausschusses – auf: **Setzen Sie sich für die Wahrung des demokratischen Prozesses und für eine schnelle Abstimmung des vorliegenden Gesetzesentwurfs ein!**

Die Unterstützung für diese Reform ist überwältigend:

- o Sie spiegelt den Willen von 80 % der Bevölkerung wider, die in Umfragen für die Entkriminalisierung von frühen Schwangerschaftsabbrüchen stimmen.
- o Sie basiert auf den Empfehlungen einer unabhängigen, interdisziplinären Expert*innen-Kommission, die von der Bundesregierung eingesetzt wurde.
- o Sie folgt den Forderungen von UN-Menschenrechtsinstitutionen und der Weltgesundheitsorganisation.
- o Sie wird getragen von 73 führenden Verbänden, Organisationen und Netzwerken aus einem breiten Spektrum an Fachbereichen.

Tausende Menschen haben sich in Petitionen, Briefen und auf Demonstrationen für diese Reform starkgemacht.

JETZT ist keine Zeit mehr für eine Vertagung der Entscheidung: Das Parlament muss über den Entwurf abstimmen können!

JETZT ist keine Zeit mehr für Partei- und Wahltaktik: Eine demokratische Entscheidung darf nicht unterlaufen werden!

Machen Sie den Weg frei für eine überfällige Neuregelung, die insbesondere ungewollt Schwangeren endlich die Unterstützung gibt, die sie verdienen!

Unterzeichnet von:

- o Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
- o Deutscher Frauenrat
- o pro familia Bundesverband
- o Doctors for Choice e.V.
- o Abtreibungen legalisieren - JETZT!
- o Deutscher Gewerkschaftsbund
- o ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
- o Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
- o AWO Bundesverband e.V.
- o Deutscher Juristinnenbund e. V.
- o ZIF - Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser
- o bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe
- o UN Women Deutschland e.V.
- o Abtreibung entkriminalisieren
- o TERRE DES FEMMES Menschenrechte für die Frau e.V.
- o Pro Choice Deutschland e.V.
- o Zentralrat der Konfessionsfreien e. V.
- o Arbeitskreis Frauengesundheit
- o medica mondiale e.V.
- o Giordano-Bruno-Stiftung
- o Familienplanungszentrum Berlin e.V. BALANCE
- o DaMigra e.V.
- o Zukunftsforum Familie e. V.
- o DGPFPG
- o Bundesverband der Mütterzentren e.V.
- o Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.
- o Landesfrauenrat Berlin e.V.
- o Landesfrauenrat Schleswig-Holstein
- o Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) e. V.
- o Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel – KOK e.V.
- o Pinkstinks Germany e.V.
- o Evangelische Frauen in Deutschland
- o Evangelische Frauen in Hessen und Nassau e.V.
- o Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e. V. (BDP)
- o Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V., Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision (EKFuL)
- o Bundesforum Männer e. V.
- o Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit
- o Queermed Deutschland
- o Motherhood e.V.
- o Feministische Netzwerk für Gesundheit Berlin
- o LACHESIS Verband für Heilpraktikerinnen
- o Fachgruppe Strafrecht der Neuen Richtervereinigung